

Einwohnergemeinde Dornach

ZONENREGLEMENT

Inhaltsverzeichnis:

1.	Zonenvorschriften
§ 1 § 2	Zonen Nutzungs- und andere Zonenvorschriften
\$\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\	1. Bauzonen Einfamilenhauszone (E 1-2) 2-geschossige Wohnzone a (W2a) 2-geschossige Wohnzone b (W2b) 2-geschossige Wohnzone c (W2c) Besondere gestalterische Anforderungen an die Bauten in den Zonen E1-2, W2a, W2c 3-geschossige Wohnzone (W 3) Kernzone 1 (K 1) Kernzone 2 (K 2) Gewerbezone mit Wohnanteil (GW) Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (öBA 3 / öBA 4) Zone für öffentliche Anlagen (öA) Industriezone und Gewerbezonen (In, G1, G2)
§ 15 § 16 § 17 § 18 § 19 § 20	2. Schutzzonen Ortsbildschutzzone (Ob) Uferschutzzone (Uf) Aussichtsschutzzone (Aus) Freihaltezone (Fr) Archäologische Fundstellen und Objekte (ArF) Vorranggebiete Natur- und Landschaft (VNL) 3. Schutzobjekte
§ 21 § 22 § 23	Hecken, Gehölze, Uferbepflanzungen, Einzelbäume Geschützte Kulturobjekte Schützenswerte Kulturobjekte
§ 24 § 25	4. Nichtbauzonen Landwirtschaftszone (Lw) Reservezone (R)
§ 26	5. Bodenbelastungsgebiete Bodenbelastungsgebiete / Durch Abfälle belastete Standorte

II.	Gestaltungsplanvorschriften
§ 27 § 28	Erlass von Gestaltungsplänen Gebiete mit Gestaltungsplanpflicht
III.	Schluss- und Übergangsbestimmungen
****	general day ganger and a general gener

(

(

Gestützt auf § 133 des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978 (PBG) und § 1 der kantonalen Bauverordnung vom 3. Juli 1978 (KBV) und die seitherigen Abklärungen erlässt die Einwohnergemeinde Dornach folgende Vorschriften

§ 1	Zonen Das Gemeindegebiet von Dornach wird wie folgt unterteilt:			
1 Unterteilung ¹				
2 Bauzonen	 Einfamilienhauszone 2-geschossige Wohnzone a 2-geschossige Wohnzone b 2-geschossige Wohnzone c 3-geschossige Wohnzone 	W : W : W :	1-2 2a 2b 2c 3	
	- Kernzone 1- Kernzone 2- Gewerbezone mit Wohnanteil		1 2	
	 Zone für Bauten und Anlagen des Goetheanums Zone für öffentliche Bauten und Anlagen 3-geschossig 	BAG ¹ öBA 3		
	 Zone für öffentliche Bauten und Anlagen 4-geschossig Zone für öffentliche Anlagen Industriezone Gewerbezone 1 Gewerbezone 2 Gebiete mit Gestaltungsplanpflicht 	öBA 4 öA In G1 G2		
3 Schutzzonen und -gebiete	 Ortsbildschutzzone Uferschutzzone Aussichtsschutzzone Freihaltezone Archäologische Fundstellen und Objekte Vorranggebiete Natur und Landschaft 	Ob Uf Aus Fr ArF VNL		
4 Schutzobjekte	 - Hecken, Gehölze, Uferbepflanzungen - Geschützte Kulturobjekte - Schützenswerte Kulturobjekte 			
5 Nichtbauzonen	- Landwirtschaftszone- Reservezone	Lw R		

¹ Teil-Zonenplan mit Sonderbauvorschriften "Goetheanum": siehe RRB Nr. 639 vom 24.2.92.

§ 2

- 1 Nutzungs- und andere Zonenvorschriften
- 2 Nutzungsvorschriften zur reinen Wohnzone

Nutzungs- und andere Zonenvorschriften

Die Nutzung der Zonen richtet sich nach den §§ 26 - 38 PBG und den nachfolgenden Bestimmungen.

Die reine Wohnzone dient grundsätzlich dem Wohnen. Zum Wohnen zählen auch Wohnheime für Behinderte und Betagte, einschliesslich dem Pflegepersonal. Dienstleistungen (z.B. Schulungs- oder Therapieangebote) für Personen, die nicht im Wohnheim leben, sind nicht zulässig.

Berufliche Tätigkeiten, die von den Bewohnern / Bewohnerinnen in der eigenen Wohnung ausgeübt werden, keinen Mehrverkehr und gegenüber dem Wohnen keine Mehrimmissionen erzeugen, nach aussen nicht in Erscheinung treten und nur eine geringe Fläche der Wohnung in Anspruch nehmen, sind zulässig und gelten als Teil des Wohnens. Hotels und andere ähnliche Betriebe sind nicht zulässig und sind keine Wohnnutzungen im Sinne der reinen Wohnzone.

Für zonenfremde Nutzungen, die zum Zeitpunkt der öffentlichen Auflage dieser Zonenbestimmung bereits bestehen, bleibt der Bestand und eine angemessene Erweiterung im Rahmen der Besitzstandsgarantie gewährleistet.

1. Bauzonen

§ 3	Einfamilienhauszone	E 1-2
1 Zweck	Die Einfamilienhauszone i (siehe § 2).	st eine reine Wohnzone
2 Nutzung / Bauweise	familienhäuser zulässig. D	hende Ein- oder Doppelein- er Einbau zusätzlicher Ein- 2 ½ Zimmern ist gestattet.
3 Massvorschriften	Geschoss Ausnutzungsziffer Gebäudelänge Gebäudehöhe bergseits ¹ Firsthöhe ²	1 2 max. 0.20 0.30 max. 20.00 m 20.00 m max. 4.50 m 6.30 m max. 6.50 m 6.50 m
4 Empfindlichkeitsstufe	ES II.	
5 Hinweis zur Gestaltung	Siehe auch § 7.	

Die Gebäudehöhe talseits beträgt gemäss § 18 Abs. 1 KBV max. 7.50 m.

² Gemessen ab OK Boden des obersten Vollgeschosses.

_§	4	2-geschossige Wohnzone a	W2a	<u>a</u>
1	Zweck	Die 2-geschossige Wohnzone Wohnzone (siehe § 2).	W2a ist eine reine	
2	Nutzung	In der Wohnzone W2a sind fre Doppeleinfamilienhäuser und zulässig. Der Einbau zusätzlic mit max. 2 ½ Zimmern ist gest	Zweifamilienwohnhäuser cher Einliegerwohnungen	
3	Massvorschriften	Gebäudelänge m Gebäudehöhe m	2 ax. 0.35 ax. 20.00 m ax. 7.50 m ax. 7.00 m	
4	Empfindlichkeitsstufe	ES II. In lärmvorbelasteten Ge nenplan gilt ES III.	ebieten gemäss Bauzo-	
5	Hinweis zur Gestaltung	Siehe auch § 7.		
§	5	2-geschossige Wohnzone b	W2b	
1	Zweck	Die 2-geschossige Wohnzone Wohnzone (siehe § 2).	W2b ist eine reine	
2	Nutzung	In der Wohnzone W2b sind fre mengebaute Ein- und Mehrfan		
3	Massvorschriften	Gebäudelänge ma Gebäudehöhe ma	2 ax. 0.40 ax. 24.00 m ax. 7.50 m ax. 7.00 m	
4	Empfindlichkeitsstufe	ES II. In lärmvorbelasteten Ge nenplan gilt ES III.	bieten gemäss Bauzo-	
5	Reklamen	Das Anschlagen von Fremdrel in diesen Zonen nicht gestatte Eigenreklame kann die Bau-M mission bewilligen. Reklame für vorübergehende sich nach § 3.4 der kantonaler men.	t. Verk- u. Planungskom- Veranstaltungen richtet	
6	Besondere Bestim- mungen	Innerhalb der ehemaligen Que Mattenquelle, im Bereich Schu unterhalb des alten Birsbordes M.ü.M. ausgehoben werden. O darf bis -3.00 m, ab gewachsel ben werden. (Siehe Anhang V	utzzone S1 und S2, darf s nicht tiefer wie 290 Oberhalb des Birsbordes nem Terrain, ausgeho-	

¹ Gemessen ab OK Boden des obersten Vollgeschosses.

§	6	2-geschossige Wohnzone c	W2c
1	Zweck / Nutzung	In der 2-geschossigen Wohnzone W2c sind freiste hende Ein- oder Doppeleinfamilienhäuser und Zw familienhäuser sowie nicht störende Gewerbe- un Dienstleistungsbetriebe zulässig. Der Einbau zusächer Einliegerwohnungen mit max. 2 ½ Zimmern gestattet.	ei- d ätzli-
2	Massvorschriften	Vollgeschosse 2 Ausnutzungsziffer max. 0.35 Gebäudelänge max. 20.00 m Gebäudehöhe max. 7.50 m Firsthöhe 1 max. 7.00 m	
3	Empfindlichkeitsstufe	ES II. In lärmvorbelasteten Gebieten gemäss Bau nenplan gilt ES III.	Z O-
4	Hinweis zur Gestaltung	Siehe auch § 7.	
§	7	Besondere gestalterische Anforderungen an d Bauten in den Zonen E 1-2, W2a und W2c	lie
1	Zweck	Der land hat schaftlichen Empfindlichkeit und der attektur- und kulturgeschichtlich bedeutsamen Umgbung entsprechend, haben Neu- und Umbauten in besonderem Mass auf die unmittelbare Umgebun Rücksicht zu nehmen.	je- n
2	Gestaltung	Sämtliche baulichen Massnahmen, insbesondere An- und Nebenbauten, Garagen und oberirdische kierungsanlagen haben sich hinsichtlich Lage, Stellung, Volumen und Form in die gestaltete Umgebeinzupassen.	Par- el-
3	Reklamen	Das Anschlagen von Fremdreklamen und Plakate in diesen Zonen nicht gestattet. Eigenreklame kann die Bau-/Werk- u. Planungskomission bewilligen. Reklame für vorübergehende Veranstaltungen rich sich nach § 3.4 der kantonalen Richtlinien für Reklamen.	om- htet

¹ Gemessen ab OK Boden des obersten Vollgeschosses.

§	8	3-geschossige Wohnzone	W 3
1	Zweck / Nutzung	In der Wohnzone W 3 sind Wohnbauten sowie nic störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe z lässig, welche der Bauweise der W 3 angepasst s	u-
2	Massvorschriften	Vollgeschosse max. 3 ¹ Ausnutzungsziffer max. 0.60 Gebäudelänge max. 40.00 m Gebäudehöhe max. 10.50 m Firsthöhe ² max. 7.50 m	
3	Empfindlichkeitsstufe	ES II. In lärmvorbelasteten Gebieten gemäss Bauz nenplan gilt ES III.	ZO-
4	Reklamen	Das Anschlagen von Fremdreklamen und Plakatei in diesen Zonen nicht gestattet. Eigenreklame kann die Bau-/Werk- u. Planungskomission bewilligen. Reklame für vorübergehende Veranstaltungen rich sich nach § 3.4 der kantonalen Richtlinien für Reklamen.	m- ntet
§	9	Kernzone 1	K 1
1	Abgrenzung / Nutzung	Die Kernzone K 1 umfasst die alten Dorfkerne Obe dornach und Dornachbrugg, in denen Wohnbauter nicht störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetrie Ladengeschäfte, Gasthäuser, Praxen, Ateliers, Bü und dergleichen zulässig sind.	n, ebe,
2	Massvorschriften	Vollgeschosse max. 3 ¹ Überbauungsziffer max. 60 % Grünflächenziffer max. 30 % Gebäudehöhe max. 10.50 m Firsthöhe ² max. 7.50 m	
		Falls es das öffentliche Interesse am Ortsbildschut	Z

erfordert, können die maximal zulässige Vollgeschosszahl, die Gebäudehöhe und die Firsthöhe zusätzlich beschränkt oder die Geschosszahl auf max. 4 Vollgeschosse und die Gebäudehöhe um 2.50 m erhöht werden.

Minimale Vollgeschosse gemäss § 19 KBV.
 Gemessen ab OK Boden des obersten Vollgeschosses.

3 Geschlossene Bauweise

Bei Wiederaufbau und Erneuerung in Gebieten mit traditionell geschlossener Bauweise ist diese zwingend einzuhalten.

4 Besondere Bestimmungen Neubauten und wesentliche bauliche Erweiterungen in der Kernzone K 1 unterliegen der Gestaltungsplanpflicht.

5 Empfindlichkeitsstufe

ES III.

§ 10

Kernzone 2

K 2

1 Abgrenzung / Nutzung

Die Kernzone K 2 umfasst den Bereich beidseits des Bruggweges zwischen der Kernzone Oberdornach und Dornachbrugg, in dem Wohnbauten, nicht störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe, Ladengeschäfte, Gasthäuser, Praxen, Ateliers, Büros und dergleichen zulässig sind. Nicht gestattet sind u.a. Betriebe mit mehr als 500 m² Nettoladenfläche, Lager, Magazine und Betriebe mit starkem Schwerverkehr.

2 Massvorschriften

Reine Wohngebäude dürfen max. 2 Vollgeschosse aufweisen, gemischt genutzte Gebäude mit mind. 1 Geschoss Nichtwohnnutzung auch 3 Vollgeschosse.

Vollgeschosse	2	3
Ausnutzungsziffer	max. 0.40	max. 0.50
davon für Wohnen	max. 0.40	max. 0.40
Gebäudelänge	max. 30.00 m	max. 40.00 m
Gebäudehöhe	max. 7.50 m	max. 10.50 m
Firsthöhe 1	max. 7.50 m	max. 7.50 m

3 Ausnahmen

Bei gewerblichen Nutzungen und Ladenlokalen, für die im EG eine Geschosshöhe von mehr als 3 m erforderlich ist, erhöht sich die zulässige Gebäudehöhe um das Mass der Mehrhöhe im EG.

4 Empfindlichkeitsstufe

ES III.

5 Reklamen

Das Anschlagen von Fremdreklamen und Plakaten ist in diesen Zonen nicht gestattet.

Eigenreklame kann die Bau-/Werk- u. Planungskommission bewilligen.

Reklame für vorübergehende Veranstaltungen richtet sich nach § 3.4 der kantonalen Richtlinien für Reklamen.

¹ Gemessen ab OK Boden des obersten Vollgeschosses.

§ 11	Gewerbezone mit Wohnanteil	GW
1 Nutzung	In der Gewerbezone mit Wohnanteil sind höc mässig störende Gewerbe- und Dienstleistun be, sowie Wohnungen in beschränktem Mass sig.	gsbetrie-
2 Massvorschriften	Geschosszahl max. 3 Ausnutzungsziffer max. 0.80 Gebäudehöhe max. 10.50 m Firsthöhe 1 max. 7.50 m Grünflächenziffer max. 30 %	
3 Wohnanteil	Der zulässige Wohnanteil beträgt maximal 30 einem Gestaltungsplan-Areal oder in einer Bagung gesamthaft realisierten Bruttogeschossf (BGF), jedoch mind. 120 m².	aubewilli-
4 Umgebung	Wo die Zone WG an eine andere Zone grenz nommen die Zonen G und In) oder landschaft poniert liegt, sind Lager-, Abstell- und Umschlzu überdecken oder mit einer dichten Randbezung gegen Einsicht abzuschirmen. Bei reinen Gewerbebauten muss gegenüber Wohnzonen innerhalb des im Zonenplan eing nen Immissionsabstandes (= Zonenabstand) 10.00 m eine dichte, zusammenhängende undestens 2.00 m hohe Hecke mit vereinzelten gepflanzt werden.	tllich ex- lagplätze epflan- der etrage- von d min-

5 Ausnahmen

Anstelle der vorgeschriebenen Grünfläche (Grünflächenziffer gemäss kant. Bauverordnung) kann die Bau-/Werk- u. Planungskommission in begründeten Fällen bei reinen Industrie- oder Gewerbebetrieben das ersatzweise Anpflanzen eines hochstämmigen Baumes pro 40 m² verlangter Grünfläche gestatten, aber im Maximum für die Hälfte der geforderten Grünfläche.

6 Empfindlichkeitsstufe

ES III.

7 Reklamen

Das Anschlagen von Fremdreklamen und Plakaten ist in diesen Zonen nicht gestattet.

Eigenreklame kann die Bau-/Werk- u. Planungskommission bewilligen.

Reklame für vorübergehende Veranstaltungen richtet sich nach § 3.4 der kantonalen Richtlinien für Reklamen.

¹ Gemessen ab OK Boden des obersten Vollgeschosses.

	§ 12	Zone für öffentliche Bauten und Anlagen	öBA3 / öBA4
	1 Nutzung	In den Zonen für öffentliche Bauten und A nur öffentliche und öffentlichen Zwecken Bauten und/oder Anlagen gestattet.	
	2 Massvorschriften	öBA3	öBA4
		Vollgeschosse 1 - 3 Gebäudehöhe max. 10.50 m Grünflächenziffer mind. 30 %	1 - 4 13.50 m 30 %
	3 Empfindlichkeitsstufe	ES II oder ES III gemäss Festsetzung im plan.	Bauzonen-
t.	4 Reklamen	Das Anschlagen von Fremdreklamen und in diesen Zonen nicht gestattet. Eigenreklame kann die Bau-/Werk- u. Pla mission bewilligen. Reklame für vorübergehende Veranstaltu sich nach § 3.4 der kantonalen Richtlinien men.	nungskom- ngen richtet
	§ 13	Zone für öffentliche Anlagen	öΑ
	1 Nutzung	In der Zone für öffentliche Anlagen sind nund öffentlichen Zwecken dienende Anlag Eingeschossige Bauten sind zulässig, sow Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Anla Die Zone für öffentliche Anlagen ist der Alpflicht im Sinne von § 34 Abs. 3 und § 42 stellt.	gen gestattet. veit sie dem agen dienen. otretungs-
	2 Abtretungspflicht	Die Zone für öffentliche Anlagen ist der Al pflicht im Sinne von § 34 Abs. 3 und § 42 stellt.	
į.	3 Empfindlichkeitsstufe	ES III.	
	4 Reklamen	Das Anschlagen von Fremdreklamen und in diesen Zonen nicht gestattet. Eigenreklame kann die Bau-/Werk- u. Platmission bewilligen. Reklame für vorübergehende Veranstaltut sich nach § 3.4 der kantonalen Richtlinien men.	nungskom- ngen richtet

§ 14	Industriezone und in Gewerbezonen G1, G2
4. Zwook / Nudzung	
1 Zweck / Nutzung	Die Industrie- und Gewerbezonen dienen grundsätzlich der Ansiedlung von Betrieben zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Es kann nur ihm Rahmen von Gestaltungsplänen gebaut werden. Für bestehende Bauten und Anlagen gilt die Besitzstandsgarantie gemäss § 34 ^{bis} PBG. Für diese und für kleinere Betriebe ohne wesentliche Auswirkungen auf Raumplanung und Umwelt kann der Gemeinderat auf die Gestaltungsplanpflicht verzichten. Die Gestaltungspläne haben insbesondere vor schädlichen Einwirkungen zu schützen (§ 44 Abs. 1 PBG). Im Rahmen des Gestaltungsplanes ist insbesondere für verkehrsintensive Betriebe und solche mit Verkaufs- und Ausstellungsflächen ein spezieller Nachweis über ihre Auswirkungen auf die Raumordnung und den Umweltschutz zu erbringen. Massgeblich für Art und Umfang der zulässigen Nutzung ist u.a. das damit verbundene Verkehrsaufkommen.
2 Massvorschriften	G1 G2 In Gebäudehöhe max.15.00 m 10.50 m 15.00 m Firsthöhe 1 max.18.00 m 13.50 m 18.00 m Grünflächenziffer mind. 10 % - -
3 Umgebung	Die Baubehörde kann die Einfriedung, Randbepflanzung oder Überdeckung von Lager-, Umschlag- oder Abstellflächen verlangen. Sie legt die Lage und Art der Bepflanzung im Baugesuchsverfahren im Detail fest. Anstelle von 40 m² Grünfläche kann ersatzweise ein hochstämmiger Baum verlangt werden.
4 Besondere Bestim- ungen	Die Gewerbezonen G1 unterliegt der Gestaltungs- planpflicht.
	Innerhalb der ehemaligen Quellwasserschutzzone der Mattenquelle, im Bereich Schutzzone S1 und S2, darf unterhalb des alten Birsbordes nicht tiefer wie 290 M.ü.M. ausgehoben werden. Oberhalb des Birsbordes darf bis -3.00 m, ab gewachsenem Terrain, ausgehoben werden. (Siehe Anhang V zu diesem Reglement).

ES III ES IV.

Gewerbezonen G1 und G2:Industriezone:

5 Empfindlichkeitsstufe

¹ Gemessen ab OK Boden des Erdgeschosses.

6 Reklamen

Das Anschlagen von Fremdreklamen und Plakaten kann die Bau-Werk- u. Planungskommission bewilligen.

Reklame für vorübergehende Veranstaltungen richtet sich nach § 3.4 der kantonalen Richtlinien für Reklamen.

2. Schutzzonen

§ 15

Ortsbildschutzzone 2

Ob

1 Perimeter

Die Ortsbildschutzzone ist einer Bauzone überlagert und umfasst insbesondere die engeren historischen Dorfkerne Oberdornach und Dornachbrugg.

2 Zweck

Sie bezweckt:

- den Schutz und die Erhaltung der baulichen Einheit und Eigenart von Strassenzügen, -räumen und -plätzen sowie Dorfpartien und Einzelobjekten,
- den Schutz der f
 ür das Ortsbild typischen Gr
 ünr
 äume, Hofstattgebiete und Umgebungsbereiche,
- die Erhaltung der ortsgeschichtlich und architektonisch wertvollen Bausubstanz,
- die sorgfältige Einordnung von Um- und Neubauten.

3 Gestaltung

Alle baulichen Massnahmen, insbesondere auch Dachaufbauten, Aussenreklamen, Garagentore, technische Vorkehrungen für die Garagierung und bauliche Massnahmen der Aussenraumgestaltung haben sich dem Zonenzweck unterzuordnen und sich namentlich hinsichtlich ihrer Stellung, Proportionen und äusseren Gestaltung ins Ortsbild einzufügen.

Dachform:

Sattel- oder Krüppelwalmdächer.

Dachneigung:

Beidseitig gleiche Neigung von mindestens 30°. Bei Anbauten und Garagen sind Ausnahmen möglich.

Dachvorsprünge:

In traditioneller Weise und Ausbildung.

Bedachungsmaterial:

Rot-braune nicht engobierte Tonziegel.

² Siehe auch separate Teilnutzungspläne Dornachbrugg und Oberdornach.

Dachaufbauten und Dachfenster:

Vereinzelte, kleine Dachaufbauten in Form von Lukarnen oder Schleppgauben oder vereinzelte Dachfenster von max. 0.70 m² Lichtfläche können zugelassen werden, wenn dadurch die Gesamterscheinung nicht beeinträchtigt wird. Dacheinschnitte sind nicht zulässig.

Materialien und Farbgebung der Fassaden:

Traditionelle Baumaterialien wie Holz, Stein, Verputz in warmen oder gebrochenen Tönen.

Fenster:

In guter Proportion zur Fassadengliederung. Keine liegenden Fensterformen. Die Unterteilung mit Sprossen kann verlangt werden.

Vorplätze:

Aussenräume, Hausvorplätze, Vorgärten und Einfriedungen sind in traditioneller Art zu erhalten oder zu gestalten. Als Belag für Vorplätze kann die Baubehörde Natursteinpflästerung, Mergel, Kies, Verbundsteine oder vergleichbare Materialien verlangen.

Vorgärten:

Wo der Raum zwischen strassenseitiger Fassade und Strassengrenze traditionell als Vorgarten gestaltet ist, ist diese Nutzung und Gestaltung beizubehalten oder nach Möglichkeit wiederherzustellen.

Sofern die Einheitlichkeit des Vorlandes, der lokale Charakter des Strassenbildes oder andere schutzwürdige Interessen nicht beeinträchtigt werden, darf ein Teil des Vorlandes als Abstellfläche für Fahrzeuge oder Aussenverkaufsstände benützt und gestaltet werden (z.B. vor Ladenlokalen). Siehe auch Abs. 5: Abstellplätze.

Umgebungsgestaltung:

Bei Neu- und grösseren Umbauten ist mit dem Baugesuch ein verbindlicher Umgebungsgestaltungsplan zur Genehmigung einzureichen. Dieser hat folgende Angaben zu enthalten:

- Abgrabungen, Auffüllungen
- Böschungen, Mauern, Einfriedungen
- Ausgestaltung der Hauszugänge, Vorplätze, Vorgärten, Beläge
- Bepflanzung, wichtigste Baumarten
- Gestaltung von Abstellplätzen

Erhaltenswerte Baumgärten und Hofstattgebiete:

Die in den Teilnutzungsplänen über die Ortsbildschutzzonen bezeichneten erhaltenswerten Gärten und Hofstattgebiete sind soweit wie möglich zu erhalten.

Hochstämmige Bäume:

Die in den Teilnutzungsplänen über die Ortsbildschutzzonen eingetragenen hochstämmigen Bäume sind soweit wie möglich zu erhalten. Bäume, die eingehen oder gefällt werden, sind durch solche einheimischer Art zu ersetzen.

4 Stellung der Bauten

Gestaltungsbaulinien:

Die in den Teilnutzungsplänen über die Ortsbildschutzzonen eingetragenen Gestaltungsbaulinien bestimmen verbindlich die strassenseitige Lage der Bauten. Von ihnen darf rückwärtig max. 1.00 m abgewichen werden.

5 Besondere Bestimmungen

Besondere Anforderungen an die Baueingabe:

Bei Neu- und grösseren Umbauten sind die Fassadenabwicklungen des Projektes und der angrenzenden Gebäude vollständig darzustellen.

Beratung:

Bei Neu- und tiefgreifenden Umbauvorhaben, welche die äussere Erscheinung verändern, kann die Baubehörde vor ihrem Entscheid die Stellungnahme der kantonalen Denkmalpflege, des Amtes für Raumplanung oder eines unabhängigen fachkundigen Beraters einholen. Die Kosten des Beizuges von Fachberatern und Gutachtern gehen zu Lasten der Bauherrschaft. Der Beizug von Fachberatern und das Kostendach des Gutachtens bedürfen der Zustimmung der Bauherrschaft.

Abstellplätze:

Ist die Erstellung von Abstellplätzen aus Gründen des Ortsbildschutzes nicht erwünscht, kann die Bau-/ Werk- u. Planungskommission in Anwendung von § 42 KBV von der Pflicht zur Erstellung von Abstellplätzen befreien, die Zahl beschränken, Lage und Gestaltung vorschreiben oder solche nicht zulassen.

Reklamen: 1

Das Anschlagen von Reklamen und Plakaten ist, ausser an Eingangstüren und Schaufenstern, nur an den von der Bau-/Werk- u. Planungskommission hierfür bestimmten Stellen gestattet. Kleinformatige Firmenschilder und beleuchtete Anschriften können bewilligt werden, wenn sie das Ortsbild nicht stören.

Einzelne Abweichungen von den Gestaltungsbestimmungen sind gestattet, wenn eine im Interesse des Ortsbildschutzes überzeugende Lösung realisiert werden kann.

⁶ Ausnahmen

Beachte auch die "Richtlinien für Reklamen" (RRB vom 28.10.1996).

7 Gestaltungsplanpflichtige Gebiete

In den im Zonenplan oder in den Teilnutzungsplänen festgelegten Gestaltungsplanpflichtgebieten sind gesamtheitliche Lösungen, insbesondere über die Erschliessung und die Stellung der Bauten, auszuweisen. Es sind über die allgemeinen Anforderungen von § 44 ff PBG und § 26 ff dieses Reglementes hinaus vor allem die erhaltenswerten Bauten und Aussenräume zu bezeichnen und angemessen zu schützen.

§ 16

Uferschutzzone

Uf

1 Zweck

Die Uferschutzzone bezweckt die Erhaltung des Birsufers, der offenen Bachläufe und deren möglichst natürliche Gestaltung und Bepflanzung.

2 Besondere Bestimmungen Es gelten die Bestimmungen der kantonalen Verordnung über den Natur- und Heimatschutz vom 14. November 1980 (v. a. die §§ 37 - 39 NHV).

§ 17

Aussichtsschutzzone

Aus

Generelle Vorschriften

Die Aussichtsschutzzone ist einer anderen Zone überlagert und umfasst diejenigen Gebiete, in denen in einem besonderen Aussichtsschutzzonenplan Baubeschränkungen zum Schutze der Aussicht festgelegt sind. (Siehe Anhang IV zu diesem Reglement).

§ 18

Freihaltezone

Fr

1 Zweck

Als Freihaltezone sind innerhalb des Siedlungsgebietes diejenigen Flächen ausgeschieden, die der Erholung dienen, ein Natur- oder Kulturobjekt bewahren, dem Schutz der Waldränder vor Überbauung dienen oder eine Freifläche vor einer Überbauung bewahren sollen.

2 Nutzung

Entlang der Waldränder sind eine naturnahe landwirtschaftliche Bewirtschaftung und der Gartenbau zulässig. Terrainveränderungen sind nicht zulässig.

In den übrigen Freihaltezonen dürfen nur solche oberirdischen Bauten und Anlagen erstellt werden, die der Bewirtschaftung der Freiflächen oder der Erhaltung des Zonenzweckes dienen.

3 Ausnahmen

Der Grundeigentümer der Freihaltezone Birsbogen ist berechtigt, Wassergewinnungsanlagen anzulegen und zu betreiben. Die für die Wassergewinnung benötigten Bauten und Anlagen, inklusive der benötigten Zufahrtswege, sind zulässig.

In den Freihaltegebieten für erhaltenswerte Baumgärten und Hofstattgebiete gemäss Teilnutzungsplan über die Ortsbildschutzzonen sind nur vereinzelte Kleinbauten unter 30 m² Gebäudegrundfläche gestattet.

4 Bestandesgarantie

Bestand und Wiederaufbau bestehender Bauten sind gewährleistet.

5 Reklamen

Das Anschlagen von Fremdreklamen und Plakaten ist in diesen Zonen nicht gestattet.

Eigenreklame kann die Bau-/Werk- u. Planungskommission bewilligen.

Reklame für vorübergehende Veranstaltungen richtet sich nach § 3.4 der kantonalen Richtlinien für Reklamen.

§ 19

Archäologische Fundstellen und Objekte

ArF

Besondere Bestimmungen In den Gebieten gemäss Zonenplan ist rechtzeitig vor Inangriffnahme von Grabarbeiten die Kantonsarchäologie zu verständigen. Baugesuche, die Grabarbeiten beinhalten, sind vor Erteilung einer Baubewilligung der Kantonsarchäologie zur Stellungnahme einzureichen.

§ 20

Vorranggebiete Natur und Landschaft

VNL

1 Zweck

Vorranggebiete Natur und Landschaft bezwecken die Erhaltung und Aufwertung besonders vielfältiger und erlebnisreicher Landschaften mit ihren typischen Lebensräumen von Pflanzen und Tieren. Sie sind einer anderen Nutzungszone überlagert.

2 Ziel

Anzustreben ist eine dem jeweiligen Erhaltungsziel gemäss Naturkonzept angepasste land- oder forstwirtschaftliche Nutzung. Diese Nutzungen werden in erster Linie im Rahmen von Vereinbarungen mit den Bewirtschaftern und Grundeigentümern gemäss § 119 bis PBG sichergestellt.

3 Besondere Bestimmungen Wo wichtige Anliegen des Natur- und Landschaftsschutzes durch Vereinbarungen nicht erreichbar sind, kann er Gemeinderat oder der Regierungsrat in Absprache mit dem kantonalen Amt für Raumplanung gemäss § 122 PBG diese Schutzanliegen durch Verfügung sicherstellen.

3. Schutzobjekte

21 Hecken, Gehölze, Uferbepflanzungen, Einzelbäume 1 Hecken, Gehölze Gemäss § 20 der kantonalen Verordnung über den Natur- und Heimatschutz dürfen Hecken und andere Lebensräume von bedrohten Tier- und Pflanzenarten weder entfernt noch vermindert werden. Das sachgemässe Zurückschneiden ist gestattet. 2 Ufergehölz Gemäss § 39 der kantonalen Verordnung über den Natur- und Heimatschutz dürfen Schilf-, Baum- und Gebüschbestände an Flüssen und Bächen nicht entfernt oder vermindert werden. Verjüngungen und Durchlichtungen von Gehölzen sind mit Zustimmung des Kreisförsters gestattet. 3 Einzelbäume Die im Zonenplan bezeichneten Einzelbäume und Baumgruppen sind geschützt. Verboten sind alle Massnahmen, die direkt oder indirekt den Erhalt des Baumes gefährden. Die Beseitigung aus zwingenden Gründen (Krankheit, Alter, Gefährdung) bedarf der Genehmigung der Bau-Werk- u. Planungskommission. Diese regelt die Ersatzpflanzung mit artgleichen bzw. standortheimischen Bäumen. Die Gemeinde kann sich an den Kosten für die Ersatzpflanzung beteiligen. 22 Geschützte Kulturobjekte Generelle Vorschriften Die im Plan als geschützt bezeichneten Kulturobiekte stehen unter kantonalem Schutz. Bauliche Massnahmen bedürfen einer Bewilligung der Kantonalen Denkmalpflege (Erziehungs-Departement). 23 Schützenswerte Kulturobjekte 1 Generelle Vorschriften Die im Plan als schützenswert bezeichneten Kulturobjekte sind als Bestandteil einer Häusergruppe im Ortsbild von Bedeutung. Lage, Stellung, Volumen und äussere Erscheinung sollen erhalten bleiben. Allfällige Abweichungen dürfen nicht zu einer Beeinträchtigung der zugehörigen Häusergruppe führen. Bei baulichen Veränderungen ist ihre Unterschutzstellung zu prüfen. Baugesuche sind der Kantonalen Denkmalpflege zur Stellungnahme zu unterbreiten. 2 Um- und Neubauten Für Um- und allfällige Neubauten sind die bestehenden Dimensionen und Volumen sowie Lage und Stel-

vorschriften.

lung richtungweisend. Im übrigen gelten die Zonen-

3 Abbruchbewilligung

Ein Abbruch und Neubau darf nur bewilligt werden, wenn ein bewilligungsfähiges Neubauprojekt vorliegt.

4 Umbau- und Wiederaufbau Bei einem Um- oder Wiederaufbau solcher Altbauten können von der Baubehörde dem Ortsbild angepasste Verbesserungen verlangt werden.

4. Nichtbauzonen

<u></u>	24	Landwirtschaftszone Lw
1	Zweck	Die Landwirtschaftszone bezweckt die Sicherung aus- reichender Kulturlandflächen für die Landwirtschaft und die Landesversorgung sowie den Schutz von Na- tur und Landschaft.
2	Nutzung	Zulässig sind bodenschonende Nutzungen in den Bereichen Acker- und Futterbau, Tierhaltung, Gemüse und Obstbau mit Erhalt und/oder Schaffung der notwendigen ökologischen Ausgleichsflächen. Für die Zulässigkeit von Bauten und Anlagen gelten die entsprechenden Bestimmungen von RPG und PBG.
3	Bauweise	Die Bauweise der zulässigen Bauten hat sich in bezug auf Ausmass, Gestaltung, Stellung sowie Umgebungs- gestaltung und Bepflanzung ins Orts- und Land- schaftsbild einzufügen. Für Neubauten ist ein in Ab- wägung sämtlicher Interessen optimaler Standort zu wählen.
4	Empfindlichkeitsstufe	ES III.
5	Reklamen	Das Anschlagen von Fremdreklamen und Plakaten ist in dieser Zone nicht gestattet.
§	25	Reservezone
1	Zweck	Die Reservezone umfasst Land, das für eine spätere Überbauung in Frage kommt.
2	Besondere Bestim- mungen	Bis zu einer allfälligen späteren Zuordnung zu einer Bauzone im ordentlichen Nutzungsplanverfahren (§ 75 ff PBG) gelten die Bestimmungen der Landwirtschafts- zone.
3	Empfindlichkeitsstufe	ES III.
4	Reklamen	Das Anschlagen von Fremdreklamen und Plakaten ist in dieser Zone nicht gestattet.

5. Bodenbelastungsgebiete

§ 26

Bodenbelastungsgebiete / Durch Abfälle belastete Standorte

Die stillgelegten Abfalldeponien und Ablagerungen sind in einem entsprechenden Kataster nach Art. 23 der Technischen Abfallverordnung vom 10. Dezember 1990 (TVA, SR 814.015) verzeichnet, der im Verlauf der Zeit in den Kataster der belasteten Standorte nach Art. 32 c des Bundesgesetzes über den Umweitschutz (USG, SR 814.01) überführt wird. Dieser Kataster wird beim kantonalen Amt für Wasserwirtschaft (AWW) geführt und ist auch bei der örtlichen Bauverwaltung vorhanden. Der Kataster gibt Auskunft über die Belastungssituation an einem Ort und über die zu treffenden Massnahmen. Für alle mit Abfällen belasteten Standorte gilt, dass bei Bauvorhaben durch die Gemeinde Abklärungen im Sinne von § 12 der kantonalen Verordnung über die Abfälle vom 26. Februar 1992 (KAV, BGS 812.52) zu veranlassen sind und anfallender Aushub entsprechend seiner Belastungen speziell zu verwerten oder zu entsorgen ist.

II.

Gestaltungsplanvorschriften

(Vgl. auch §§ 44 - 47 PBG)

Erlass von Gestaltungsplänen

1 Erlass

Im Rahmen der kantonalen Bestimmungen kann der Gemeinderat in allen Zonen Gestaltungspläne erlassen

2 Zweck, Inhalt

Zweck und Inhalt richten sich nach § 44 PBG. Insbesondere werden an die Gestaltung der Bauten und Aussenräume sowie die Einordnung ins Orts-, Quartier- und Landschaftsbild erhöhte Anforderungen gestellt.

3 Besondere Bestimmungen Gestaltungspläne können mit Sonderbauvorschriften versehen werden, die im Rahmen von § 44 - 47 PBG von den allgemeinen baupolizeilichen Bestimmungen abweichen.

4 Beratung

Der Gemeinderat kann bei Bedarf unabhängige, fachkundige Berater beiziehen und die Begutachtung eines Gestaltungsplanes anordnen. Für die Kostenverteilung gilt § 74 PBG. Der Beizug von Fachberatern und das Kostendach des Gutachtens bedürfen der Zustimmung der Bauherrschaft.

§ 28

1 Abgrenzung

2 Anforderungen

3 GestaltungsplangebietNr. 25im Besonderen

Gebiete mit Gestaltungsplanpflicht

Im Zonenplan sind Gebiete bezeichnet, in denen vor Erteilung von Baubewilligungen für Neubauten (nicht jedoch für An-, Um- und Wiederaufbauten) die Festsetzung eines Gestaltungsplanes verlangt ist.

Für die Gestaltungspläne gelten folgende Mindest-Anforderungen (siehe Typ-Bezeichnung im Zonenplan):

- Typ A: Aufzeigen einer haushälterischen Erschliessung in Ergänzung der Erschliessungspläne und eines generellen Baukonzeptes.
- Typ B: Aufzeigen einer haushälterischen Erschliessung in Ergänzung der Erschliessungspläne, einer konkreten Bebauungslösung (Bauweise, Nutzung, Freiraumgestaltung, Begründung unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten) sowie der Einordnung ins Orts- und Quartierbild.
- Typ C: Aufzeigen einer haushälterischen Erschliessung in Ergänzung der Erschliessungspläne, einer konkreten Bebauungslösung (Bauweise, Nutzung, Freiraumgestaltung, Begründung unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten und der baulichen Umgebung).

Eine künftige Überbauung des Gestaltungsplangebietes Nr. 25 (Weiden) hat folgenden Konzeptpunkten zu entsprechen:

- Feingliedrige und transparente Fortführung der gegebenen Baustrukturen der UMS Metallwerke Dornach.
- b) Trennung von Lastwagen- und Personenverkehr.
- c) Bepflanzung mit vorwiegend einheimischen, standortgerechten Bäumen und Sträuchern entlang der zentralen Erschliessungsstrasse und an den Arealrändern.
- d) Konzentration von Büro- / Dienstleistungsnutzungen in der Zone G1.

III. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 29	Verfahren
Eriass	Die Zonenvorschriften unterliegen dem Verfahren nach §§ 15 ff des Planungs- und Baugesetzes.
§ 30	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen
1 Inkrafttreten	Das Reglement tritt nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.
2 Anwendung	Es findet Anwendung auf allen Verfahren, die nicht durch einen rechtskräftigen Entscheid erledigt sind.
§ 31	Aufhebung des alten Rechts
Aufhebung	Mit dem Inkrafttreten dieses Reglementes sind alle widersprechenden früheren Bestimmungen aufgehoben.

Genehmigt gemäss:

1. öffentliche Auflage vom 25. August bis 25. September 1997

2. öffentliche Auflage vom 9. April bis 8. Mai 1998 Gemeinderatsbeschluss Nr. 86 vom 22. Juni 1998 Regierungsratsbeschluss Nr. 450 vom 28. Februar 2000

Änderungen:

§§ 5 Abs. 6 + 14 Abs. 4: GRB Nr. 509 vom 31.03.2003

öffentliche Auflagefrist: 03.04. bis 02.05.2003

Regierungsratsbeschluss Nr. 1222 vom 01.07.2003

§§ 5 Abs. 5, 7 Abs. 5, 8 Abs. 4, 10 Abs. 5, 11 Abs. 7, 12 Abs. 4, 13 Abs. 4, 14 Abs. 6,

18 Abs. 5, 24 Abs. 5, 25 Abs. 4: GRB Nr. 506 vom 31.03.2003

öffentliche Auflagefrist: 10.04. bis 09.05.2003 Regierungsratsbeschluss Nr. 1222 vom 01.07.2003

§ 7: GRB Nr. 38 vom 05.09.2005

öffentliche Auflagefrist: 08.09. bis 07.10.2005

Regierungsratsbeschluss Nr. 1225 vom 03.07.2007

NAMENS DES EINWOHNERGEMEINDERATES

Der Gemeindepräsident:

Kurt Henzi

Die Gemeindeschreiberin:

Karin Amhof

Vom Regierungsrat durch heutigen Beschluss Nr. 2007/1225 genehmigt.

Solothurn, den 3. Juli 20 07

He e

Staatsschreiber:

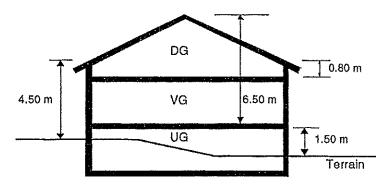
Dr. K. Pelmalle

Anhang I

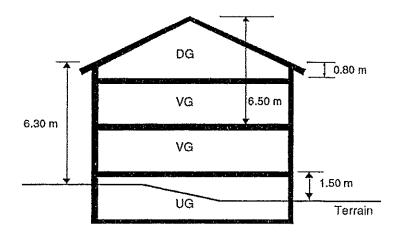
zum Zonenreglement der Gemeinde Dornach:

Skizzen zu den Messvorschriften

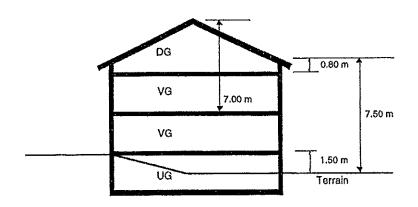
Bei 1 Vollgeschoss



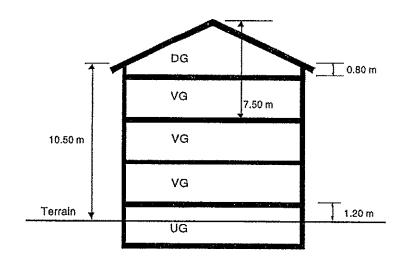
Bei 2 Vollgeschossen



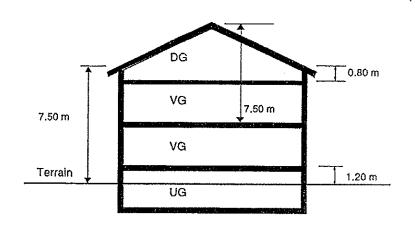
§ 4	2-geschossige Wohnzone	W2a
9 1 9 5 9 6	2-geschossige Wohnzone 2-geschossige Wohnzone	W2b W2c



§ 8	3-geschossige Wohnzone	W3	
§ 9	Kernzone 1	K1	
§ 10	Kernzone 2 mit Gewerbeanteil	K2	
§ 13	Gewerbezone mit Wohnanteil	GW	



§ 10	Kernzone 2 ohne Gewerbe	K2



Anhang II

zum Zonenreglement der Gemeinde Dornach:

Erläuterungen zu den Zonen und Gebiete mit orientierendem Charakter

Erläuterungen zum Planinhalt mit orientierendem Charakter

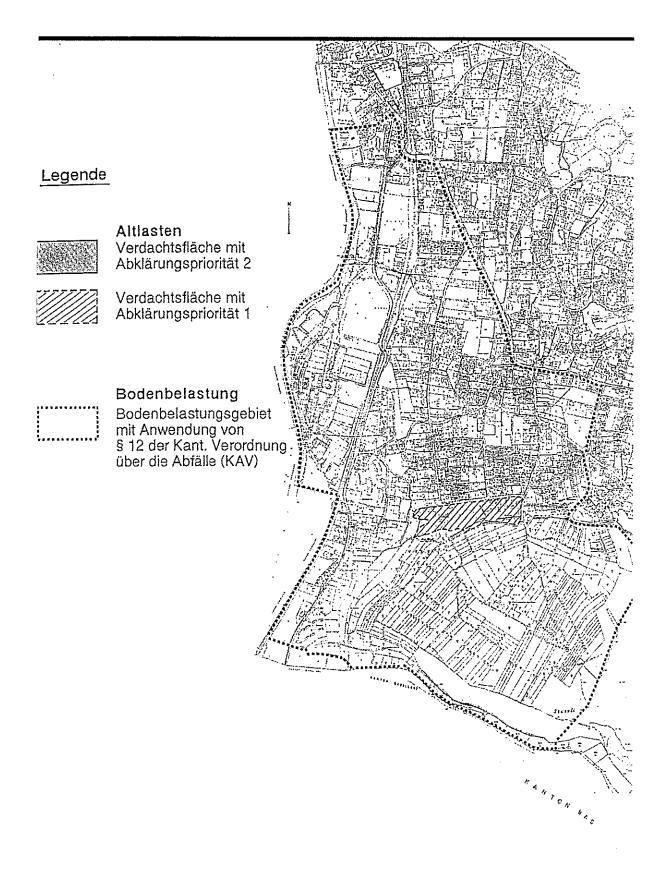
	Wald
1 Schutz	Der Wald ist durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung geschützt vor Beeinträchtigungen durch Bauten und bauliche Anlagen.
2 Waldabstand	Bauten und bauliche Anlagen haben den vom Gesetz (20 m WaV Art. 7) oder von der Nutzungsplanung vorgeschriebene Abstand einzuhalten. Kleinbauten haben einen Minimalabstand von 6 m, Zäune von 2 m einzuhalten (WaV Art. 3).
3 Waldfeststellung	Wo die Bestimmungen zum Schutz des Waldes Auswirkungen auf die Nutzung gemäss Zonenplan haben können, werden Wald und Waldgrenze in einem Waldfeststellungsplan festgehalten.
	Gewässer
1 Schutz	Die Gewässer sind durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung geschützt. Jedermann ist verpflichtet, alle gebotene Sorgfalt anzuwenden, um nachteilige Einwirkungen auf die Gewässer zu vermeiden (GSchG Art. 3).
2 Bauabstände	Sofern kantonale Baulinien nichts anders vorsehen, haben Bauten und Anlagen innerhalb der Bauzone entlang von Bächen einen Abstand von 4 m und entlang von Flüssen einen Abstand von 10 m einzuhalten. Ausserhalb der Bauzone beträgt der minimale Bauabstand 10 m bei Bächen und 30 m bei Flüssen (NHV Art. 32).
	Rechtsgültige Grundwasserschutzzone und -areale
1 Schutz	Für Grundwasserschutzzonen und -areale werden vom Kanton die notwendigen Eigentumsbeschränkungen festgehalten.
2 Zweck	Grundwasserschutzzonen schützen im öffentlichen Interesse liegende Grundwasserfassungen und -anreicherungsanlagen. Grundwasserschutzareale bezeichnen Gebiete, die für eine künftige Nutzung und Anreicherung von Grundwasservorkommen von Bedeutung sind.

	Kantonales Naturreservat
Schutz	Das kantonale Naturreservat bezweckt den Schutz von besonderen Lebensräumen gefährdeter Pflanzer und Tiere und deren Umgebung. Der Umfang der Schutzbestimmungen wird in einer kantonalen Verfü- gung festgeschrieben.
	BLN-Gebiet
Bedeutung	Das Bundesinventar der Landschaften und Natur- denkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) umfasst Gebiete, deren ungeschmälerte Erhaltung oder jeder falls grösstmögliche Schonung in hohen Masse ver- dient (NHG Art. 6).

Anhang III

zum Zonenreglement der Gemeinde Dornach:

Übersichtsplan über die Verdachtsflächen und die Bodenbelastung



Anhang IV

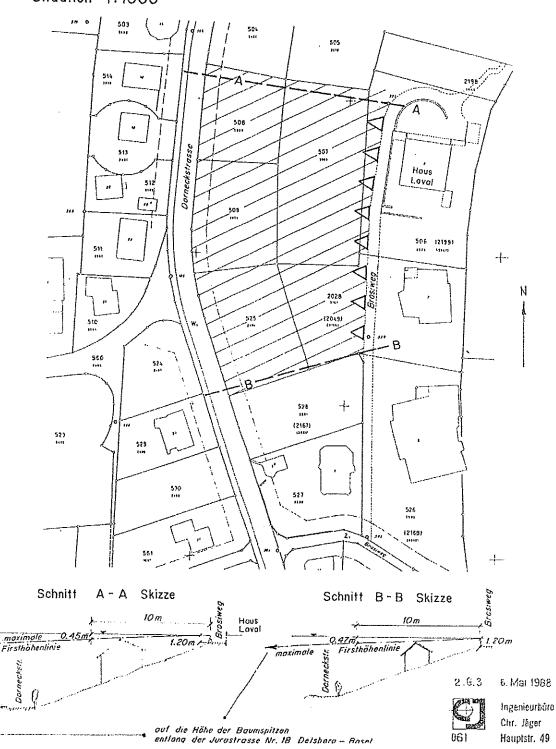
zum Zonenreglement der Gemeinde Dornach:

Übersichtsplan über die Aussichtsschutzzone:

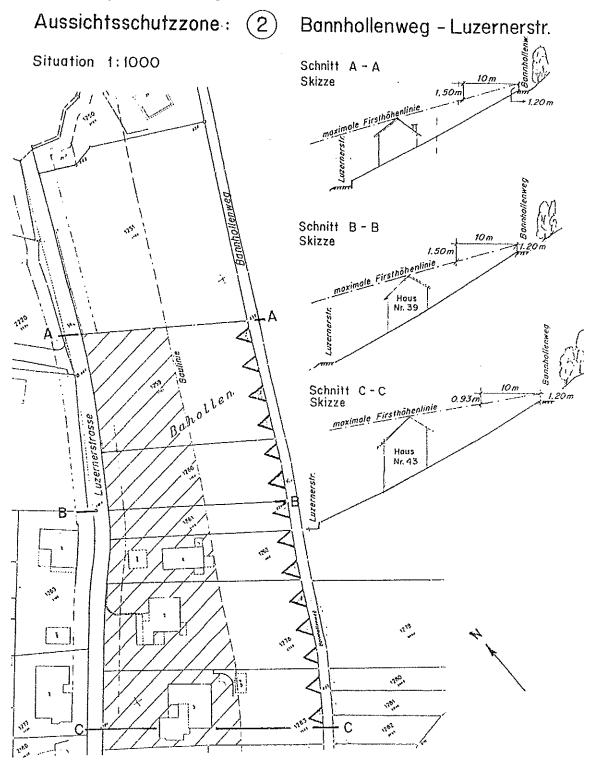
- 1 Haus Laval Brosiweg 9
- 2 Bannhollenweg Luzernerstrasse
- 3 Bahollen oberhalb Zugerstrasse
- 4 Hochwaldstrasse Richtung zum Schledernweg

Aussichtsschutzzone: (1) Haus Laval Brosiweg 9

Situation 1:1000



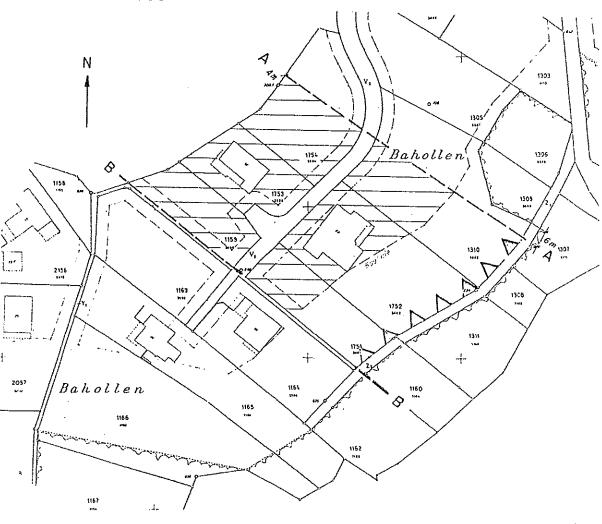
Anhang zu § 17 des Zonenreglementes:



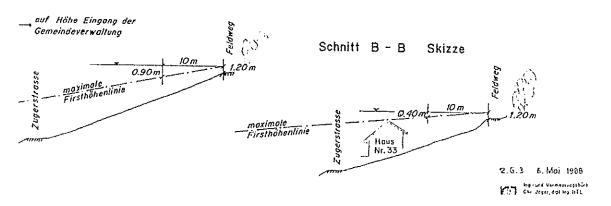
Anhang zu § 17 des Zonenreglementes:

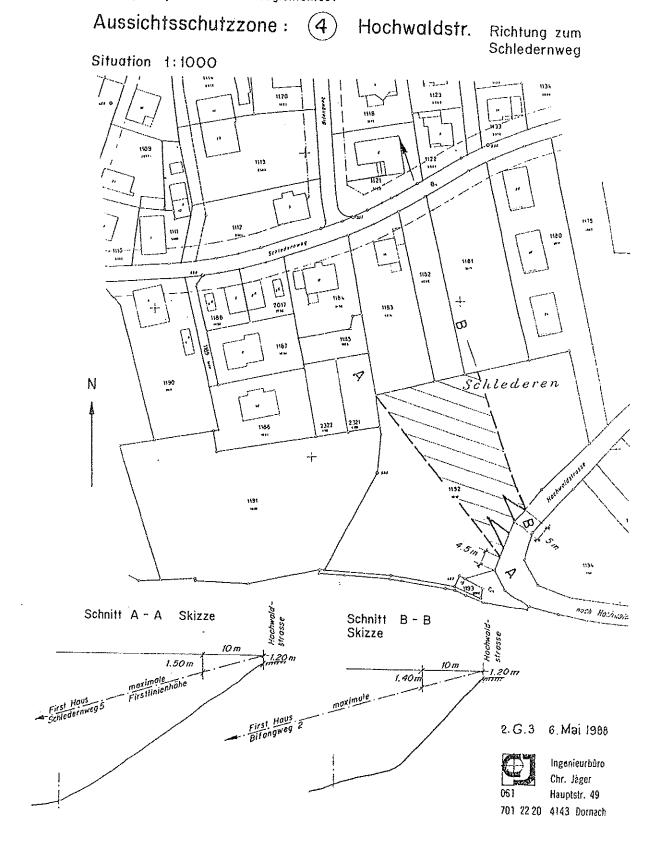
Aussichtsschutzzone: 3 Bahollen oberhalb Zugerstr.

Situation 1:1000



Schnitt A - A Skizze





Anhang V

zum Zonenreglement der Gemeinde Dornach:

Übersichtsplan über die Quellwasserschutzzone: Mattenwegquelle Kanton Solothurn

Gemeinde

Dornach

Anhang zu § 5 + § 14 des Zonenreglementes

QUELLWASSERSCHUTZZONEN für die

SCHWYNBACHQUELLEN (S)

GÜGGELHOFQUELLE (G)

MATTENWEGQUELLE (M)

Situation 1:2000

Plan 1

Dr. Jost Schweizer Geologe Ettingen 9. Dezember 1987
Ing.- und Vermessungsbüro
A. Hulliger
Dornach / Breitenbach
Nachtrag: 23.10.91



Vom Regierungsrat durch heutigen Beschluss Nr. 3524 genehmigt. Solothurn, den 25. 10. 1993 Der Staatsschreiber:

Dr. K. Primakus

